

**Baden-Baden.** Über die beim Landtag eingereichte Petition zum Neuen Schloss ist zwar faktisch schon im November entschieden worden, das formelle Verfahren wird allerdings noch einige Monate dauern. So jedenfalls der stellvertretende Vorsitzende des Petitionsausschusses, der Landtagsabgeordnete Norbert Beck (CDU), der gestern zusammen mit seinem Kollegen Thomas Marwein (Grüne) als Abgesandter des Ausschusses zum Ortstermin erschienen war. Eine Ortsbesichtigung fand aber nicht statt. Stattdessen tauschten Vertreter des Petenten Rainer Adam auf der einen Seite sowie Vertreter von Stadt, Regierungspräsidium und Ministerien auf der anderen Seite ihre Stellungnahmen aus und beantworteten Fragen der beiden Ausschussmitglieder.

Nach interner Beratung, so Norbert Beck, nach zweistündiger Anhörung, werde der Petitionsausschuss dem Landtag einen Vorschlag unterbreiten.

## Petition steht auf dünnem Eis

### Anhörung zum Neuen Schloss ohne Sensation

Aufgrund der Sommerpause werde dieser aber frühestens im September über die Informationen entscheiden können. Wie der Vorschlag aussehen wird, ließ Beck offen. Dass es Gründe gibt, der Petition stattzugeben, wurde gestern indessen nicht deutlich. Beck empfahl dem Petenten schon mal vorsorglich, den Bebauungsplan durch eine Normenkontrolle vor dem Verwaltungsgerichtshof juristisch überprüfen zu lassen, so er von der Stadt in Kraft gesetzt werde.

Dies kann indessen wiederum dauern, wie Oberbürgermeister Wolfgang

Gerstner und Bürgermeister Werner Hirth darlegten, denn der Bebauungsplanentwurf werde erst dann in Kraft gesetzt, wenn Schlossherrin Fawzia Al Hassawi ihre Hausaufgaben erledigt und sowohl den Betreibervertrag als auch die testierte Finanzierung des Projekts vorgelegt habe.

Wann dies der Fall sein wird, blieb gestern offen. Zwar befand sich mit Eva Marx die neue Projektkoordinatorin von Al Hassawi unter den Zuhörern, wollte sich im BNN-Gespräch aber zum weiteren Vorgehen nicht äußern. Nur so viel: „Wir werden zu ge-

bener Zeit auf Sie zukommen.“ OB Wolfgang Gerstner sagte mit Hinweis auf jüngste Kontakte, dass er der weiteren Umsetzung des Vorhabens zuversichtlich entgegen sehe. Mangels fehlender Autorisierung könne er im Moment aber auch nicht mehr sagen.

In der Petition werden vor allem auch die Landesbehörden angegriffen. Die Beteiligten hätten wesentlich mehr berücksichtigen, mehr Fragen stellen und mehr prüfen müssen.

Was Vertreter der Regierung und des Regierungspräsidiums zurückwies. Im Bebauungsplanverfahren hätten formell und materiell keine Fehler entdeckt werden können, im öffentlich-rechtlichen Vertrag habe die Stadt hohe Hürden für die Investorin eingebaut.

Aus Sicht des Landesdenkmalamtes habe erst die neue Schlossherrin zur Substanzerhaltung einen Beitrag geleistet, was jahrzehntelang nicht der Fall gewesen sei. Bernd Kappler